



Tu

**Renate Schmidt**

Bundesministerin

Herrn  
Prof. Dr. Peter Frankenberg  
Minister für Wissenschaft,  
Forschung und Kunst  
Baden-Württemberg  
Königstraße 46

70173 Stuttgart

HAUSANSCHRIFT Alexanderplatz 6, 10178 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11018 Berlin  
TEL +49 (0)30 20655-1000  
FAX +49 (0)30 20655-4100  
E-MAIL rena.schmidt@bmfjsfj.bund.de  
INTERNET <http://www.bmfjsfj.de>

ORT, DATUM Berlin, den 13. JUNI 2005

Sehr geehrter Herr Kollege Professor Frankenberg,

am 20. August 2003 haben wir in Berlin über den Fortbestand des Deutschen Zentrums für  
Alternsforschung (DZFA) gesprochen.

Ich hatte Ihnen damals zugesagt, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den notwendig ge-  
wordenen Rückzug des Bundes aus der institutionellen Förderung des Instituts finanziell so  
abzufedern, dass dem Land Baden-Württemberg der Fortbestand des DZFA ermöglicht wird.  
Entsprechend meiner Zusage in unserem Gespräch ist ein Finanzierungsplan entworfen wor-  
den, auf dessen Basis die Fortführung der Arbeit des DZFA – wenn auch in verkleinertem  
Umfang – hätte stattfinden können.

Für den Bund haben wir eine degressiv gestaffelte Unterstützung von insgesamt 1,5 Mio. €  
bis Ende 2007 vorgesehen; 750.000 € wurden bereits für das Jahr 2005 bereitgestellt. Darüber  
hinaus erhält das DZFA von meinem Haus zusätzliche Unterstützung durch Projektförderung  
in Höhe von insgesamt 716.000 €, die mit dem Start der Projekte ILSE und ESTHER am  
1. Januar 2005 zur Verfügung stehen.

Trotz unserer Aufforderung zur Umsetzung unserer Vereinbarung sahen Sie sich zunächst nur  
in der Lage, eine Verwaltungsvereinbarung über die Laufzeit eines Jahres abzuschließen. Am  
29. September 2004 hatten Sie sich dann an mich mit dem überraschenden Anliegen gewandt,  
dass sich der Bund an einer sozialverträglichen Abwicklung des DZFA beteiligen sollte. Ich

SEITE 2 habe Ihnen damals unter Hinweis auf unsere Absprache deutlich gemacht, dass wir uns auf eine Lösung zum Fortbestand des DZFA verständigt hatten.

Jetzt wurde meinem Haus mitgeteilt, dass das Land Baden-Württemberg das DZFA nicht erhalten will. Das bedauere ich sehr, zumal es unserer damaligen Absprache diametral entgegensteht. Danach musste ich davon ausgehen, dass durch unsere Vereinbarungen der Weg für den Fortbestand des DZFA geebnet worden war. Ich stelle fest: Der Bund hat sich an unsere Vereinbarungen gehalten und die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt. Das Land Baden-Württemberg hingegen hat im gleichen Zeitraum die Auflösung des DZFA vorbereitet.

Ich stehe nach wie vor zu meinen Zusagen vom August 2003 und appelliere an Sie, das Ihrige zu tun und das DZFA in Heidelberg zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

True

Renate Schmidt